

**Rottweil**

## **Grüne: "Willi Stächele betreibt Lokalpolitik"**

*Von Schwarzwälder-Bote, aktualisiert am 23.09.2010 um 21:25*

Rottweil. Hinter den Interessen der Stadt Rottweil verstecke sich die Landesregierung bei der Suche nach Standorten für den Gefängnisneubau. Mit dieser Kritik melden sich die Grünen-Landtagsabgeordneten Ilka Neuenhaus und Bernd Murschel zu Wort.

"Der Vorgang um den Neubau der Justizvollzugsanstalt (JVA) Rottweil verkommt zur Lokalposse, denn Finanzminister Willi Stächele verweigert sich einer regionalen Suche nach Standorten", kritisieren die Grünen-Landtagsabgeordneten Ilka Neuenhaus und Bernd Murschel. Stächele begrenze diesbezüglich seinen Aktionsradius lediglich auf den Raum Rottweil.

Im Zuge des Haftentwicklungsprogramms plane das Land den Neubau im Umfeld des bestehenden Gefängnisses in Rottweil. In der Kontroverse um den Neubau gehe es um Standorte bei Rottweil, so die Grünen-Abgeordneten, bei denen bis zu 15 Hektar Wald gerodet werden sollen.

Die Grünen hatten in einer Landtagsanfrage vorgeschlagen, neben Standorten in Rottweil und Umgebung auch in den benachbarten Landkreisen wie Emmendingen, Freudenstadt, Schwarzwald-Baar, Tuttlingen und Zollernalb nach Alternativen zu suchen. Dies beantwortete Stächele damit, dass sich die Landesregierung auf eine Suche im Raum Rottweil beschränke. "Die Landesregierung versteckt sich nicht nur hinter den legitimen, aber eigennützigen Interessen der Stadt Rottweil, sondern betreibt damit Lokalpolitik", so die Grünen.

Und die Nachfrage, Angaben über Alternativstandorte beispielsweise von Konversionsflächen zu machen, wurde nicht einmal beantwortet", so Neuenhaus und Murschel. Die Grünen fordern, in die Standortsuche viel stärker als bisher Umweltgesichtspunkte zu integrieren. "Die Rodung von solchen Waldflächen wie derzeit von der Landesregierung favorisiert, stellt einen großen Eingriff in Natur und Landschaft dar." Erforderlich sei die Suche nach Standorten mit möglichst geringem oder keinem Flächenverbrauch, zum Beispiel Konversionsflächen der Bundeswehr oder nicht mehr genutzte Industriebrachen.

Die Landesregierung verschreibe sich dem Ziel des Netto-Null-Flächenverbrauchs. Hier könne sie beweisen, dass sie dieses Ziel ernsthaft und nicht nur auf dem Papier anstrebe, betonten die Grünen.